Schwarzwald-Wacht

Verlag: Schwarzwald-Wacht G. m. b. H. Calw. Hauptschriftleitung: Friedr. Hans Scheele, Calw. Vertreter: Hauptschriftl. Rudolf Dangel, Freudenstadt. Anzeigenleiter: Georg Wurster, Kreisltr., Calw. Gesch.-Stelle: Altes Postamt Fernsprecher 251. Schluß der Anzeigenannahme 7.30 Uhr vorm. Druck: A. Oelschläger'sche Buchdruckerei, Calw. D. A. d. I. M.: 3520.

Calwer Tagblatt
Nationalsozial. Tageszeitung

Bezugspreis: Monatlich RM. 1.50 durch Träger. Bei Postbezug zuzüglich Zustellgebühr. — Anzeigenpreis: Die kleinspaltige mm-Zeile 7 Pfg., Reklamezeile 15 Pfg. Bei Wiederholung Nachlaß. Erfüllungsort für beide Teile Calw. Für richtige Wiedergabe von durch Fernspruch aufgenommene Anzeigen keine Gewähr.

Alleiniges Amtsblatt für Stadt und Oberamtsbezirk Calw

Nr. 65 | Calw, Montag, 19. März 1934 | 1. Jahrgang

Die deutsche Antwortnote an Frankreich

Deutschland geht bis zum Aeußersten — Frankreich beharrt auf seinen alten Thesen

Berlin, 19. März. Die Abrüstungsverhandlungen, die sich nun schon seit Wochen und Monaten in der Form von Austausch sog. Abrüstungsdenkschriften zwischen den beteiligten Mächten abspielen, sind nun mehr in ein entscheidendes Stadium getreten. Die deutsche Regierun hat jetzt auch das dem französischen Botschafter in Berlin am 13. März überreichte Memorandum veröffentlicht. Es enthält nochmals kurz zusammengefaßt den klaren Standpunkt Deuschlands. Deutschland zeigt der ganzen politischen Welt vollständig offene Karten, um jegliche Mißverständnisse voll und ganz aus dem Weg zu räumen.

Das betont auch die Deutsche diplomatische Korrespondenz, die u. a. schreibt:

Die Sprache des neuen deutschen Memorandums ist wie die seiner Vorgänger, würdig und klar, ohne deshalb weniger versöhnlich und entgegenkommend zu sein.

Die deutsche Antwort kann mit Recht in ihrem Schlußsatz darauf hinweisen, daß nach deutscher Auffassung und dank der von Deutschland stets eingenommenen Haltung alle Voraussetzungen einer Verständigung gegeben sind und es nur noch darauf ankommt, daß auf französischer Seite der Entschluß zu dieser Verständigung gefaßt wird. Deutschland hat tatsächlich sehr viel getan und zugestanden, um die zwischen ihm und Frankreich bestehenden Kontroversen, an denen zu einem großen Teil das Schicksal der internationalen Abrüstung hängt, durch einen beiderseits erträglichen Ausgleich zu lösen.

Nachstehend sei nun zunächst die deutsche Antwortnote in ihren hauptsächlichsten Punkten veröffentlicht.

Das deutsche Memorandum

Das dem französischen Botschafter in Berlin am 13. März überreichte Memorandum der Reichsregierung zur Abrüstungsfrage enthält u. a. folgende Darlegungen:

Die deutsche Regierung hat den Eindruck gewonnen, daß die Ausführungen der französischen Regierung in verschiedenen Punkten von Mißverständnissen über die vorangegangenen deutschen Erklärungen beeinflußt worden sind. Es erscheint ihr wichtig, diese Mißverständnisse aufzuklären, um zu verhüten, daß die weitere Diskussion des Abrüstungsproblems dadurch beeinträchtigt wird. Die französische Regierung vermißt im Memorandum vom 19. Januar eine klare Stellungnahme zur Frage der Tragweite der von Deutschland angebotenen Nichtangriffspakte und zu der Frage des Verhältnisses dieser Pakte zum Rheinpakt von Locarno. Sinn und Tragweite der Nichtangriffspakte ergibt sich, wie bereits bei früherer Gelegenheit dem Herrn französischen Botschafter dargelegt worden ist, aus der internationalen Praxis der letzten Jahre.

Deutschland geht bis zur äußersten Grenze

Ueberdies stellt die inzwischen veröffentlichte und ratifizierte deutsch-polnische Erklärung vom 26. Januar ein in seiner Bedeutung völlig klares Beispiel dafür dar, daß Deutschland der Verpflichtung, unter keinen Umständen zur Anwendung von Gewalt zu schreiten, bis an die denkbar äußerste Grenze zu gehen bereit ist.

In diesem Zusammenhang möchte die deutsche Regierung darauf hinweisen, daß, wenn das Abrüstungsproblem geregelt ist, auch der Zeitpunkt gekommen sein wird, mit den anderen Mächten die Frage des künftigen Verhältnisses Deutschlands zum Völkerbund zu erörtern. Die deutsche Regierung möchte nochmals hervorheben, daß ihr selbstverständlich nichts erwünschter sein kann, als daß in der Abrüstungskonvention möglichst weitgehende Rüstungsbeschränkungen festgesetzt werden. Sie hat in ihrem Memorandum vom 19. Januar in dieser Beziehung feststellen zu müssen geglaubt, daß die hochgerüsteten Staaten in ihren bis jetzt vorliegenden Erklärungen keine Abrüstungsmaßnahmen angenommen haben, die einschneidend genug wären, um den Ausgangspunkt der deutschen Vorschläge zu ändern. Die deutsche Regierung hat für die Einführung der internationalen Kontrolle keine andere als die selbstverständliche Bedingung gestellt, daß sich diese Kontrolle für alle Länder paritätisch auswirkt.

Nochmals: Kein militärischer Charakter der SA. und SS.

In der Frage der Beurteilung der in Deutschland bestehenden politischen Organisationen steht die deutsche Regierung auf dem Standpunkt, daß diesen Organisationen kein militärischer Charakter beigemessen werden kann. Die französische Regierung glaubt eine andere Auffassung vertreten zu sollen. Das ist eine Meinungsverschiedenheit über eine reine Tatfrage. Kann es für die Bereinigung einer solchen Meinungsverschiedenheit einen besseren und natürlicheren Weg geben als die Anwendung des in Aussicht genommenen Kontrollverfahrens auf derartige politische Organisationen in allen Ländern, wie sie von der deutschen Regierung ausdrücklich angenommen worden ist? Die deutsche Regierung würde durchaus mit einer vertraglichen Festlegung konkreter, für alle Länder geltender Verbote einverstanden sein, die sicherstellen, daß Verbände außerhalb des Heeres keine militärischen Waffen und keine militärische Ausbildung erhalten und daß sie auch sonst in keiner organisatorischen Beziehung zur Wehrmacht stehen.

Zu der Frage der Personalstärken glaubt die deutsche Regierung aus dem letzten französischen Aide-Mémoire entnehmen zu können, daß die französische Regierung bereit ist, die im französischen Mutterland stationierten Ueberseetruppen in die Vergleichung der beiderseitigen Personalstärken einzubeziehen und außerdem für alle Ueberseetruppen eine vertraglich festzusetzende Höchstzahl anzunehmen. So erwünscht diese Präzisierung des französischen Standpunktes ist, läßt sie noch die Tatsache außer Betracht, daß bei der Vergleichung der Personalstärken billigerweise auch diejenigen Ueberseetruppen mitberücksichtigt werden müßten, die zwar nicht im Mutterlande selbst aber doch so stationiert sind, daß sie jederzeit unschwer zu militärischer Verwendung in das Mutterland transportiert werden können. Außerdem können hierbei auch die ausgebildeten Reserven nicht außer Betracht bleiben.

Warum soll Deutschland noch länger diskriminiert werden?

Was den Zeitpunkt der Ausstattung der künftigen deutschen Armee mit den notwendigen Verteidigungswaffen anlangt, so hat die französische Regierung auch im Aide-Mémoire vom 14. Februar keinerlei Grund angegeben, der es rechtfertigen könnte, diesen Zeitpunkt noch um Jahre hinauszuschieben, damit die Diskriminierung Deutschlands zu verlängern und der deutschen Armee während der Periode der Umwandlung der Reichswehr in ein Heer mit kurzer Dienstzeit die volle militärische Verwendungsmöglichkeit vorzuenthalten. Die deutsche Regierung glaubt von einer nochmaligen Begründung ihres Standpunktes in dieser entscheidenden Frage absehen zu können.

Die beiden möglichen Wege

Die Diskussion ist jetzt soweit fortgeschritten, daß sich zwei Wege abzeichnen, auf denen man zu einer Lösung gelangen kann. Man kann entweder eine Konvention mit kürzerer Geltungsdauer, etwa von fünf Jahren, wählen, die sich mit der Limitierung der Rüstungen der hochgerüsteten Staaten auf ihren gegenwärtigen Stand begnügt, oder man kann in die Konvention gewisse Abrüstungsmaßnahmen der hochgerüsteten Staaten einbeziehen und ihr dafür eine längere Geltungsdauer verleihen. Die vertragliche Festsetzung des künftigen deutschen Rüstungsstandes würde in beiden Fällen im wesentlichen die gleiche sein müssen, da auch bei einer Regelung der zweiten Art, wie bereits oben hervorgehoben, nicht mit Abrüstungsmaßnahmen gerechnet werden kann, die für die Verwirklichung der deutschen Gleichberechtigung von Belang wären.

Daß für Deutschland unter keinen Umständen mehr ein Rüstungsstand, wie er im Versailler Vertrag festgelegt wurde, in Betracht kommen kann, ist eine von allen Seiten längst anerkannte Tatsache. Die deutsche Regierung hat sich in den Vorschlägen, die sie zuletzt für das Rüstungsregime Deutschlands während der Dauer der ersten Abrüstungskonvention gemacht hat, eine so weitgehende Beschränkung auferlegt, daß sie bei dem Minimum dessen angelangt ist, was zur Anbahnung der Sicherheit und zur Verteidigungsmöglichkeit des Landes in diesem Zeitabschnitt erforderlich ist.

Sie hält auch sonst alle Voraussetzungen einer Verständigung für gegeben und ist der Ansicht, daß es nur noch auf den Entschluß zu dieser Verständigung ankommt.

Das Ergebnis der Dreier-Konferenz

Ein politisches und zwei wirtschaftliche Protokolle unterzeichnet

Rom, 17. März.

Wie vorauszusehen war, wurde das italienisch-österreichisch-ungarische Abkommen am Samstag abend unterzeichnet. Es handelt sich bei dem Abkommen um drei Protokolle, von denen das erste Protokoll politischen Charakter trägt, während die beiden andern Protokolle sich wirtschaftlichen Fragen widmen.

Das erste Protokoll erklärt, daß die drei Regierungschefs in der Absicht, den Frieden in Europa aufrecht zu erhalten und die Wirtschaft wieder aufzubauen, auf der Grundlage der Beachtung der Unabhängigkeit und der Rechte jedes Staates sich verpflichten, sich über alle Probleme, die sie besonders interessieren und auch über die Fragen allgemeiner Ordnung zu besprechen, um im Geiste der bestehenden zweiseitigen Freundschaftsverträge eine gemeinsame Politik zu führen. Zu diesem Zwecke werden die drei Regierungen jedesmal zu gemeinsamen Beratungen schreiten, wenn wenigstens einer von ihnen das für nötig hält.

Im zweiten Protokoll wird festgelegt, daß sich die drei Regierungen verpflichten, die Tragweite der augenblicklich bestehenden Handelsverträge auszudehnen, indem sie die gegenwärtigen Ausfuhrerleichterungen verstärken. Zu diesem Zwecke werden zweiseitige Abkommen vor dem 15. Mai 1934 geschlossen werden. Die drei Regierungen wollen weiter die notwendigen Maßnahmen treffen, um die Schwierigkeiten zu überwinden, die Ungarn aus dem tiefen Stand seiner Getreidepreise erwachsen. Der Durchgangsverkehr in den adriatischen Häfen soll erleichtert werden. Schließlich besagt das zweite Protokoll, daß eine dauernde Kommission von drei Sachverständigen gebildet wird, die beauftragt sind, den Gang der wirtschaftlichen Beziehungen zu beobachten.

Das dritte Protokoll bezieht sich auf die Verhältnisse zwischen Italien und Oesterreich und soll zur weiteren Entwicklung der Wirtschaftsbeziehungen zwischen beiden Ländern dienen. Im Artikel 1 des Protokolls wird festgelegt, daß die beiden Regierungen am 5. April d. J. Verhandlungen zwecks Abschlusses eines neuen erweiterten Handelsabkommens beginnen werden.

In diesem Abkommen soll folgendes festgesetzt werden: Einräumung eines Präferenzsystems zu Gunsten einer möglichst großen Zahl von Originalprodukten, die aus Oesterreich kommen und nach Italien eingeführt werden. Zu diesem Zwecke werden die beiden Vertragsschließenden auf die Notwendigkeit Rücksicht nehmen, die Konzessionen in vernünftigen Grenzen zu halten. Entsprechende Listen, die die Produkte namentlich aufführen, sollen noch vor dem 15. Mai fertiggestellt werden.

Günstige Aufnahme in Ungarn

Die Budapester Presse sieht in der programmäßigen Abwicklung der Verhandlungen in Rom sowie in den ihr zur Kenntnis gekommenen Vereinbarungen günstige Zeichen. Unter anderem weist der katholische „Nemzeti Ujsag" darauf hin, daß infolge der wirtschaftlichen Vereinbarungen in Rom zu erwarten sei, daß die Autarkiebestrebungen der drei Staaten abgebrochen würden. Das würde heißen, daß Italien und Oesterreich ihre Landwirtschaft, Ungarn dagegen seine Industrie nicht weiter künstlich ausbauen könne. Der liberale „Ujsag" erwartet von den politischen Vereinbarungen in Rom eine Aenderung der bisherigen schroffen Haltung der Tschechoslowakei Ungarn gegenüber.

London ist pessimistisch

Der römische Berichterstatter der „Times" hält es für fraglich, ob irgend ein anderes Land einen Beitritt zu dem Abkommen wünsche. Besonders scheine die Zeit für ein solches politisches Abkommen zwischen Ungarn und der Tschechoslowakei noch nicht gekommen sein. Der italienisch-österreichisch-ungarische Konsultativpakt werde daher sehr wenig dazu beitragen, den gegenwärtigen Tatsachenbestand zu ändern.

Paris mit den römischen Abmachungen zufrieden

In der französischen Presse wird darauf hingewiesen, daß die abgeschlossenen Protokolle sich darauf beschränken würden, die gemeinsamen Interessen und die Notwendigkeit einer dauernden Zusammenarbeit festzustellen. Sie seien im übrigen von denselben Gedankengängen getragen, wie der Viererpakt.

„Jour" glaubt die Auffassungen der amtlichen französischen Kreise über die Verhandlungen in Rom wiederzugeben, wenn er betont, daß man am Quai d'Orsay den Ereignissen ohne Ueberraschung folge. Man weise an amtlicher Stelle besonders darauf hin, daß das Abkommen auch anderen Mächten offen stehe und sehe darin den Beweis dafür, daß das Protokoll nicht im Geist einer Revision der Verträge abgefaßt sei, weil es dann den Beitritt der Kleinen Entente von vornherein unmöglich machen würde.

Dollfuß und Gömbös abgereist

Am Samstag um 21.20 Uhr haben Dollfuß und Gömbös in dem Sonderzuge Mussolinis Rom verlassen.

*

Mussolini zur Abrüstungsfrage

Rom, 18. März

Auf der zweiten Fünfjahresversammlung des faschistischen Regimes, die in der königlichen Oper in Rom stattfand, hielt Mussolini eine mit stürmischem Beifall aufgenommene Rede. U. a. erklärte er: „Zu glauben, daß ein großes und starkes Volk wie das deutsche in einer bewaffneten Welt auf die Dauer entwaffnet gehalten werden kann, ist eine Illusion, die vielleicht durch die Tatsachen bereits überholt ist."

LANDKREIS CALW Kreisarchiv Calw

Der Führer in Nürnberg

Nürnberg, 18. März. Reichskanzler Adolf Hitler stattete am Sonntag mittag der Sadt einen überraschenden Besuch ab. Um 13.15 Uhr traf der Führer mit seiner Begleitung, darunter der Adjutant des Führers, Brückner, und Reichspressechef Dr. Dietrich, mit dem Flugzeug aus Berlin auf dem Nürnberger Flughafen ein. Der Kanzler begab sich sofort im Kraftwagen zum Tiergartengebäude, wo in einem der Säle die neue Novelle und Planskizzen aufgestellt sind. Nach dem Vortrag des Oberbürgermeisters Liebel gab der Führer neue richtunggebende Anweisungen für die zukünftige Ausgestaltung des Geländes.

Nach einer kurzen Rast im „Deutschen Hof" setzte der Führer kurz vor 16 Uhr die Fahrt im Kraftwagen nach München fort. Die Nürnberger Bevölkerung bereitete dem Führer vor dem Hotel und auf der Fahrt durch die Stadt stürmische Ovationen.

Wahrung der Würde der Feiertage

Der Reichsinnenminister und der Reichsminister für Volksaufklärung und Propaganda haben eine Ausführungsverordnung zu dem Gesetz über die Feiertage erlassen. Danach sind verboten alle öffentlich bemerkbaren Arbeiten, die geeignet sind, die äußere Ruhe des Tages zu beeinträchtigen, sofern ihre Ausführung nicht nach Reichsrecht besonders zugelassen ist. Weitergehende reichsrechtliche Verbote werden hiervon nicht berührt. Das Verbot gilt nicht für den Betrieb der Reichspost und der Eisenbahnunternehmungen; für unaufschiebbare Arbeiten, die zur Befriedigung häuslicher oder landwirtschaftlicher Bedürfnisse, zur Abwendung eines erheblichen Schadens an Gesundheit oder Eigentum, im Interesse öffentlicher Einrichtungen oder Anstalten, zur Verhütung eines Notstandes oder zur Vorbereitung der am folgenden Tage stattfindenden Märkte erforderlich sind; für leichtere Arbeiten in Hausgärten, die vom Besitzer oder seinen Angehörigen vorgenommen werden.

Während der ortsüblichen Zeit des Hauptgottesdienstes sind verboten:

1. öffentliche Versammlungen, sofern hierdurch der Gottesdienst unmittelbar gestört wird;

2. alle der Unterhaltung dienenden öffentlichen Veranstaltungen, sofern nicht ein höheres Interesse der Kunst, Wissenschaft oder Volksbildung oder ein politisches Interesse vorliegt;

3. Auf- und Umzüge, sportliche und turnerische Veranstaltungen sowie Hetz- und Treibjagden auf Wild, sofern hierdurch der Gottesdienst unmittelbar gestört wird. Ausnahmen sind zugelassen.

Am Karfreitag und am Bußtag sind außerdem verboten: 1. sportliche und turnerische Veranstaltungen; 2. in Räumen mit Schankbetrieb musikalische Darbietungen jeder Art; 3. alle anderen der Unterhaltung dienenden öffentlichen Veranstaltungen ohne ernsten Charakter.

Veranstaltungen, wie zuletzt unter 2 und 3 genannt, sind auch am Heldengedenktag verboten.

Am Vorabend des Oster- und Weihnachtsfestes, am ersten Ostertag und am ersten Weihnachtstag sind öffentliche Tanzlustbarkeiten verboten, es sei denn, daß bei ihnen ausschließlich deutsche Volkstänze getanzt werden.

Zum Schutze staatlich nicht anerkannter kirchlicher Feiertage können die obersten Landbehörden für Gemeinden mit überwiegend evangelischer Bevölkerung Bestimmungen für katholische kirchliche Feiertage erlassen. Als Orte mit überwiegend evangelischer oder katholischer Bevölkerung gelten die Gemeinden, in denen nach der letzten Volkszählung die evangelische oder katholische Bevölkerung mehr als die Hälfte der Bevölkerung zählt.

Diese Verordnung ist mit dem 17. März in Kraft getreten.

Keine Pflichtarbeit für arbeitslose SA.-Männer

Berlin, 17. März.

Der preuß. Innenminister hatte unter Hinweis auf die Freiwilligkeit des Arbeitsdienstes in einem Erlaß betont, daß kein Arbeitsloser, auch nicht solche Personen, die nicht der SA. oder SS. angehören, durch Unterstützungsentzug zum Eintritt in den Freiwilligen Arbeitsdienst veranlaßt werden dürfen. Es müsse streng unterschieden werden zwischen dem Freiwilligen Arbeitsdienst und der Pflichtarbeit, von der in geeigneten Fällen die Unterstützung abhängig gemacht werden kann.

Weiter hatte der Minister festgestellt, daß arbeitslose SA.- und SS.-Männer, deren Dienst schon in besonderen Maße Dienst am Volke sei, nur im Einvernehmen mit den ärztlichen Dienststellen der SA und SS. zur Leistung von Pflichtarbeit herangezogen werden dürften. Der Reichsarbeitsminister hat sich dem Runderlaß des preuß. Innenministers angeschlossen und, wie das VDZ.-Büro meldet, die Sozialministerien der übrigen Länder ersucht, eine gleiche Regelung zu veranlassen.

Die französische Antwort an England

Paris, 17. März.

Die französische Antwort auf die englische Denkschrift in der Rüstungsfrage ist im Laufe des Samstagabend dem französischen Botschafter in London gedrahtet worden. Eine Mitteilung darüber, ob sie im Foreign Office bereits überreicht worden ist, liegt hier noch nicht vor. Möglicherweise wird die Ueberreichung wegen des Wochenendes erst am Montag erfolgen.

Die französische Antwort ist ziemlich lang. Sie umfaßt acht Schreibmaschinenseiten. Der diplomatische Mitarbeiter der Havas-Agentur will die Hauptgedanken des in dieser Note zum Ausdruck gebrachten französischen Standpunktes kurz umreißen können.

Die französische Regierung zolle dem von der englischen Regierung gesteckten Ziel, der Aufrechterhaltung des Friedens, Anerkennung. Sie erkenne auch an, daß die Aussöhnung unter den Völkern hierfür die unerläßliche Voraussetzung sei, betone jedoch, daß diese Aussöhnung nicht unter zweideutigen Umständen erfolgen könne. Frankreich habe bereits seit 1919 seine Truppenbestände um mehr als die Hälfte im Verhältnis auf die Truppenstärke von 1914 herabgesetzt und seiner Militärorganisation einen ausgesprochenen Verteidigungscharakter gegeben. Somit habe Frankreich seinen Friedenswillen hinreichend bewiesen (!). Wenn man Frankreich heute vorschlage, auf dem Abrüstungswege noch weiter zu gehen, lehne es das nicht grundsätzlich ab, vorausgesetzt, daß seine Sicherheit nicht gefährdet werde.

„Oeuvre" erklärt im Zusammenhang mit der französischen Antwort auf die letzten englischen Abrüstungsvorschläge, daß Frankreich sich weigern werde, sich unter den gegenwärtigen Umständen durch ein auf mehr oder weniger lange Zeit abzuschließendes Abkommen in seiner Handlungsfreiheit einschränken zu lassen. Man glaube in zuständigen französischen Kreisen nicht, daß die englische Regierung den Vorschlag zum Abschluß eines europäischen Paktes gegenseitiger Unterstützung günstig aufnehmen werde, und man rechne ferner damit, daß die englische Regierung einen vierten Abrüstungsvorschlag einbringen werde. Nur die Abhaltung einer Konferenz über die Rüstungen in der Luft habe Aussicht, von Frankreich angenommen zu werden. In französischen Regierungskreisen warte man im übrigen sehr ruhig den 10. April, also den Zusammentritt des Genfer Büros, ab.

„Oeuvre" will aus sicherer Quelle wissen, daß über den

Beitritt Rußlands zum Völkerbund?

zwischen Frankreich und Rußland volle Meinungsübereinstimmung bestehe und daß die diesbezüglichen Verhandlungen zwischen der Sowjetregierung und dem Quai d'Orsay kurz vor dem Abschluß ständen. Um zu vermeiden, daß Rußland mit dem Eintritt in den Völkerbund bis zur Vollversammlung im September warte, müsse man ein besonderes Verfahren anwenden. Die französische Regierung werde gelegentlich der Sitzung vom 10. April nicht nur die angeblichen Vertragsverletzungen Deutschlands anprangern, sondern auch die Aufnahme Rußlands in den Völkerbund beantragen.

Das Auslandsschuldenproblem

Die Schuldenregelung Vorbedingung für wirtschaftliche Gesundung

Berlin, 17. März. Am Freitagabend sprach Reichsbankpräsident Dr. Schacht auf dem Jahresbankett der amerikanischen Handelskammer in Deutschland über das Auslandsschuldenproblem. Er wies zu Anfang seiner Ausführungen auf die augenfällige Nutzlosigkeit aller internationalen Konferenzen hin, denen es bisher nicht gelungen sei, den Weg aus der allgemeinen Krisis zu finden. Das sei leicht begreiflich in einer Weltwirtschaft, die ständig von den politischen Problemen unter Druck gehalten wird, und ihr somit jede freie Entwicklung genommen würde. Es sei in diesem Sinne ein Unding gewesen, daß man ausländische Kredite in die deutsche Wirtschaft hineingepfropft habe, die aber nachher nur zur Rückzahlung politischer Schulden verwandt worden seien. Deutschlands Schulden aus dem Versailler Vertrag hätten nur durch Warenlieferungen ausgeglichen werden können. Es sei jetzt höchste Zeit zwischen Schuldnerstaaten und Privatgläubigern zu einer Abmachung zu kommen.

Im weiteren Verlauf seiner Rede wies Dr. Schacht noch auf die Devisenfrage der Reichsbank hin, die nunmehr auch im Interesse der anderen Staaten nach einer Neuregelung schreie, sollte nicht eine weitere Einfuhrbeschränkung die unausbleibliche Folge sein müssen. Mit diesem Problem ist die eigentliche Frage der Belebung oder Nichtbelebung des Welthandels wieder aufgerollt. Denn ob man Deutschland mit Sympathie gegenübersteht oder nicht, ist völlig gleichgültig gegenüber der Tatsache, daß der Ausfall von 66 Millionen hochwertiger Verbraucher für die Weltwirtschaft ein Unglück bedeute. Nicht Deutschland wende sich der Autarkie zu, sondern Deutschland werde in die Autarkie hineingezwängt, obgleich es den Wunsch habe, einen internationalen Handel zu treiben. Wir können zur Zeit keine Erzeugnisse mehr kaufen, weil man uns gezwungen hat, Tribute zu zahlen, die wir nicht aufbringen konnten. Schulden zu bezahlen, für die wir niemals einen Gegenwert bekommen haben. Gerade auf Seiten der Vereinigten Staaten, die das internationale Gläubigerland geworden sind, liegt die Initiative, eine Befriedigung dieser Verhältnisse herbeizuführen.

Die Vereinigung der zwischenstaatlichen Verschuldung ist eine Vorbedingung hierfür. Dr. Schacht sehe die Möglichkeit einer Verbindung dieses Problems mit der von Präsident Roosevelt ins Auge gefaßten Besserung der Rohstoffmärkte. Die Schulden der Vergangenheit lassen sich aber nicht aus dem gegenwärtigen Beharrungszustand, sondern aus der künftigen Geschäftsbelebung abzahlen.

Um die Bezahlung der Arbeitsstunden am 21. März

Berlin, 17. März.

Wie amtlich mitgeteilt wird, regelt sich die Frage der Bezahlung der Arbeitsstunden, die wegen Teilnahme an den feierlichen Veranstaltungen am 21. März, insbesondere an der Rundfunkübertragung bei der Rede des Führers ausfallen, ebenso wie seinerzeit bei der Uebertragung der Rede des Führers aus den Siemenswerken vor den Wahlen des 12. November 1933. Eine Bezahlung der ausfallenden Arbeitszeit findet also nicht statt. Es ist jedoch allen Arbeitnehmern Gelegenheit zu geben, die ausgefallenen Arbeitsstunden nachzuholen.

Das Winterhilfswerk der Landwirtschaft

Nach den bisher vorliegenden Meldungen der einelnen Landesbauernschaften hat sich das Land in außerordentlichem Maße am Winterhilfswerk beteiligt und damit unter Beweis gestellt, in wie starkem Maße es sich mit dem gesamten Volke verbunden fühlt. Bis Anfang März sind etwa 1,7 Millionen RM Bargeld gespendet worden, daneben 6 347 013 Zentner Kartoffeln, 1 156 480 Zentner Brotgetreide, 52 583 Ztr. Kohlen u. Briketts, 33 028 Ztr. Holz und 31 274 Raummeter, 38 164 Ztr. Gemüse, Kohl u. Rüben, 21 632 Ztr. Mehl, 14 643 Ztr. Obst, 7947 Ztr. Gerste und Hafer, 6726 Ztr. Erbsen und Bohnen, 4397 Ztr. Fett, Fleisch u. Räucherwaren, 3091 Ztr. Kolonialwaren, 3029 Ztr. Brot, 752 Ztr. lebendes Vieh, 713 Ztr. Butter, 288 Ztr. Käse, 104 Ztr. Fische, 553 347 Liter Milch, 45 180 Dosen Konserven, 32 676 Freiessen, 44 653 Stück Brot.

Kaffee Hag
jeder Tropfen Gesundheit

Neueste Nachrichten

Der Reichspräsident v. Hindenburg hat die Schirmherrschaft für das 20. Deutsche Bundesschießen, das im Laufe des Jahres 1934 in Leipzig stattfindet, übernommen.

Der Reichstreubund trat am Sonntag zum ersten Male an die Oeffentlichkeit. Dabei sprach Reichswehrminister von Blomberg über die soldatischen Traditionen der Kameradschaft und Treue.

Am Sonntag fand am Wasserturm in Essen eine Gedenkfeier für die Opfer des Spartakistenaufstandes statt, bei der Ministerpräsident Göring die Gedenkrede hielt.

In Essen-Mühlheim sprach bei einer Flugzeugeinweihung Luftfahrtminister Goering über Deutschlands Wehrlosigkeit und betonte die Notwendigkeit einer deutschen Luftflotte.

Der Ehrenausschuß der „Stiftung für Opfer der Arbeit" wird am 21. März 1934 zu einer weiteren Arbeitssitzung im Reichspropagandaministerium zusammentreten. Während dem Ehrenausschuß in seiner ersten Sitzung etwa 500, in seiner zweiten Sitzung etwa 1000 Gesuche zur Entscheidung vorgelegt wurden, beträgt die Gesamtzahl der nunmehr zur Entscheidung gelangenden Anträge ungefähr 2500.

Die Berliner Automobil- und Motorradausstellung wurde von insgesamt 410 000 Personen besucht. Nach den Angaben der Standinhaber dürfte der Umfang der Aufträge den der vorjährigen Ausstellung rund um fünfzig Prozent übertreffen.

Vom 1. April ab soll die Gründung einer Luftschutzschule betrieben werden, die die Aufgabe hat, auf Grund eines bereits vorhandenen Planes im Laufe von vier Jahren acht Millionen Helfer mit ihren Pflichten im Rahmen der Luftabwehr zum Nutzen der deutschen Heimat vertraut zu machen.

Der König von Jugoslawien, der in Begleitung des jugoslawischen Außenministers Jeftisch nach Paris zu reisen beabsichtigte, hat den schon angekündigten Besuch plötzlich abgesagt.

In England sollen zur Zeit Versuche mit einer neuen Seekriegswaffe gemacht werden. Es handelt sich um ein nur 10 Tonnen schweres, mit hochexplosiven Stoffen geladenes Kleinschiff, das durch drahtlose Fernlenkung mit ungeheurer Geschwindigkeit gegen feindliche Schlachtschiffe und Kreuzer gerichtet wird.

Nach einer Meldung aus Algeciras hat das englische Mittelmeergeschwader, das sich aus 139 Einheiten zusammensetzt, infolge heftigen Sturmes die Manöver unterbrechen und in Gibraltar Schutz suchen müssen.

Die japanische Regierung wird dem Völkerbund demnächst mitteilen, daß Japan sich von dem Genfer Einfuhr- und Ausfuhrabkommen des Jahres 1927 und von dem Londoner Zollwaffenstillstand des Jahres 1933 zurückziehe.

Wie Reuter aus Tokio meldet, hat der Kaiser die von der japanischen Regierung vorgeschlagene Zurückziehung der 10. und 14. Division aus der Mandschurei gebilligt. Man sieht diese Maßnahme als ein Zeichen für das Nachlassen der russisch-japanischen Spannung an.

Kurze Tagesschau

40 000 Leinenwebstühle sollen vernichtet werden

Paris, 18. März. Der „Petit Parisien" veröffentlicht eine Meldung aus Lille, wonach der Verband der dortigen Besitzer von Leinenwebereien beschlossen habe, um der Absatzkrise vorzubeugen, eine Reihe von Betrieben stillzulegen und etwa 40 000 Webstühle zur Unbrauchbarmachung anzukaufen.

Surén Inspekteur für Leibeserziehung im Arbeitsdienst

Berlin, 17. März.

Der Staatssekretär für den Arbeitsdienst, Reichsarbeitsführer Hierl, hat den Arbeitsführer Surén unter gleichzeitiger Beförderung zum Gauarbeitsführer zum Inspekteur für Leibeserziehung im Arbeitsdienst ernannt.

Der Privatsekretär Mussolinis zurückgetreten

Rom, 17. März.

Aus persönlichen Gründen ist Dr. Chiavolini, der seit 12 Jahren Mussolinis Privatsekretär war, von seinem Posten zurückgetreten. An seine Stelle ist vom Duce Dr. Sebastiani berufen worden.

Bauernunruhen in Oberösterreich

Wien, 17. März.

In Wels (Oberösterreich) kam es am Samstag zu großen Demonstrationen von Nationalsozialisten und landbündlerischen Bauern, die mit schweren Zusammenstößen mit der Exekutive endeten. 8000 Nationalsozialisten und Bauern waren aus dem Inn-, Traun- und Hausruckviertel nach Wels gekommen, und forderten die Aufhebung der kürzlich erfolgten Sperre des Landbundhofes, des Parteihauses des Landbundes in Wels, und die sofortige Freilassung der verhafteten Führer des Landbundes.

Der Polizei gelang es nicht, die Demonstranten auseinanderzutreiben. Da sich gegen Mittag die Lage besonders bedrohlich gestaltete, wurde Militär eingesetzt, das gegen 15 Uhr der Unruhen Herr werden konnte. Die Bauern wurden aus der Stadt gedrängt und die Zufahrtstraßen von Militär und He[illegible] gesperrt. Einige Personen wurden verhaftet. Eine Anzahl ist leicht verletzt.

Vier Dörfer unter Wasser

Belgrad, 17. März.

Die Save, die seit einigen Tagen Hochwasser führt, hat bei Sissek einen Damm durchbrochen und 40 000 Morgen Ackerland überschwemmt. Vier Dörfer und ein Teil von Sissek stehen unter Wasser. 2000 Menschen sind obdachlos geworden. In den Straßen spielten sich infolge des plötzlichen Wassereinbruches dramatische Szenen ab, da die Menschen kaum das nackte Leben retten konnten. Zwei Burschen, die in der allgemeinen Verwirrung zu plündern versuchten, wären von der Menge fast gelyncht worden, wenn die Gendarmerie nicht eingegriffen hätte. Man befürchtet ein weiteres Ansteigen des Wassers, das jetzt schon 8½ Meter über dem normalen Stand steht.

LANDKREIS CALW Kreisarchiv Calw

19.3.34

Nach 14 Jahren ...

Aufklärung einer kommunistischen Mordtat

Berlin, 17. März.

Am 15. März 1920 wurde der Pionierleutnant Selschopp in Spandau von einem Zuge kommunistischer Demonstranten umringt und durch mehrere Schüsse tödlich verletzt. Als jetzt durch eine Zuschrift an die Schriftleitung des „Angriff" bekannt wurde, daß sich der frühere KPD.-Angehörige Wilhelm Kurzhals damit gebrüstet habe, dem Täter seine Schußwaffe in die Hand gedrückt zu haben, wurde der Fall erneut aufgegriffen. Die Ermittlungen führten nun zur Festnahme des früheren kommunistischen Funktionärs Hermann Busch in Spandau. Mehrere Zeugen haben ihn als den Mann wiedererkannt, der sich am Eingang des Krankenhauses Spandau auf die Bahre, auf der der schwerverletzte Pionierleutnant lag, stürzte und mehrmals mit einem Messer in viehischer Weise auf den Hilflosen einstach.

Gegen Kurzhals und Busch hat der Vernehmungsrichter bereits Haftbefehl erlassen. Ob einer der beiden oder ein Dritter die Schüsse auf Selschopp abgegeben hat, muß noch festgestellt werden.

Todesstrafe für den Mörder eines Stahlhelmmannes

Breslau, 17. März.

Das Breslauer Schwurgericht verurteilte nach zweitägiger Verhandlung am Samstag den Bauarbeiter Hahn wegen Mordes zum Tode und zum Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte auf Lebenszeit, ferner den kaufmännischen Angestellten Wilhelm Heida wegen Beihilfe zum Morde zu 10 Jahren Zuchthaus und 10 Jahren Ehrenrechtsverlust. Hahn hatte bei dem Stahlhelmtag in Breslau am 30. Mai 1931 den Stahlhelmmann Gustav Müller aus Grünberg niedergeschossen, nachdem Müller von einer Rotte Kommunisten niedergeschlagen worden war. Heida hatte hierzu Beihilfe geleistet, indem er Hahn die Pistole übergab und nach der Tat dafür sorgte, daß die Waffe versteckt wurde.

Nachrichten aus aller Welt

In dem nahe der elsässischen Grenze gelegenen Dorf Niederschlettenbach (Pfalz) ereignete sich ein folgenschweres Einsturzunglück. Ein im Umbau befindliches altes Fachwerkhaus stürzte während der Arbeiten ein. Dabei wurde ein 48jähriger Hilfsarbeiter, Vater von drei Kindern, auf der Stelle getötet. Der Sohn des die Arbeiten ausführenden Baumeisters erlitt einen schweren Schädelbruch und schwere innere Quetschungen, so daß er in Lebensgefahr schwebt. Ein zweiter Sohn des Baumeisters trug schwere Knochenbrüche davon.

In Aachen wurde ein Oberwachtmeister von Einbrechern erschossen.

Ein Autobus, der die Mannschaft des Fußballklubs Schweinfurt zum Wettspiel nach Bayreuth bringen sollte, stürzte bei Eltmann die Böschung hinab und überschlug sich. Von den 29 Insassen des Wagens wurden vier schwer und 16 leichter verletzt.

Das dem Amtsgericht in Hamburg angegliederte Hamburger Erbgesundheitsamt hat im Laufe des Februar und März 70 Beschlüsse gefaßt, durch welche die Unfruchtbarmachung von Erbkranken angeordnet wurde.

Die österreichische Generalpostdirektion plant die Herausgabe neuer Briefmarken. In den nächsten Monaten soll die derzeit bestehende Landschaftsserie der österreichischen Briefmarken durch eine Bilderserie österreichischer Volkstrachten ersetzt werden.

Durch einen verbrecherischen Sprengstoffanschlag ist das am Fuße des Plabitsch in Gösting bei Graz liegende Schotterwerk Deutsch vollkommen zerstört worden.

Von einer eigenartigen Naturkatastrophe wurde das rumänische Dorf Jigoreni heimgesucht, wo plötzlich 48 Häuser einstürzten und zahlreiche andere Gebäude so schwer beschädigt wurden, daß die von Panik ergriffene Bevölkerung die ganze Ortschaft räumte. Es handelt sich um Bodenverschiebungen durch zahlreiche unterirdische Quellen, die weithin den Boden unterwaschen hatten. Diese Verschiebungen sind so beträchtlich, daß sich das ganze Landschaftsbild verändert hat. Ein gemauerter Ziehbrunnen wanderte über hundert Meter weit, ohne zusammenzufallen.

Im Schweizer Kanton Tessin ist infolge starken Regens in Campione am Luganer See ein Stück des Ufers in den See abgerutscht. Der Platz wurde gerade noch zur rechten Zeit geräumt, kurz nachdem der fahrplanmäßige Dampfer abgefahren war. Außer der Schiffsanlegestelle und einer alten Platane versank auch das Kriegerdenkmal im See.

Ein englisches Tankschiff entdeckte auf der Höhe des irischen Hafens Queenstown ein Rettungsboot, in dem sich die zwölfköpfige Besatzung eines gesunkenen belgischen Dampfers befand. Als das Tankschiff beidrehte und Strickleitern heruntergelassen wurden, legten sich die Schiffbrüchigen alle über eine Seite des Bootes und brachten es zum Kentern. Infolge der stürmischen See konnten nur fünf Mann gerettet werden.

In der Nähe von Tschifu (Japan) ist ein Großfeuer in einem Krankenhaus ausgebrochen. Nach den bisherigen polizeilichen Mitteilungen sollen 41 Menschen ums Leben gekommen sein.

Der brasilianische Bundesstaat Rio Grande do Sul veranstaltete in Sao Leopoldo eine große Ausstellung, die die Entwicklung der deutschen Kolonisation in diesem Staate zeigen soll.

Beerdigung von Vater Stanger in Möttlingen

Aus Möttlingen wird uns berichtet: Am letzten Freitag wurde in Möttlingen der Gründer und Leiter des Christlichen Erholungsheims Rettungsarche, Hausvater Friedrich Stanger, beerdigt. Schon vormittags entwickelte sich ein überaus starker Kraftwagenverkehr mit auswärtigen Trauergästen. Ueber 100 Kraftwagen, darunter große Autobusse, trafen aus allen Gauen Deutschlands ein. Alle Mitgekommenen wollten ihren „Vater Stanger", welcher im Saal aufgebahrt war, noch einmal sehen. Bei der Aussegnungsfeier am Nachmittag im neuen großen Saal der Rettungsarche, welcher über tausend Personen faßt, wurde der Andrang so stark, daß Landjäger- und SA-Mannschaften unter Führung von Stationskommandant Rall und Sturmbannführer Reichmann Absperrungen vornehmen mußten. Den Außenstehenden wurden die im Saal gehaltenen Reden durch Lautsprecher vermittelt. Um 14.30 Uhr wurde, nachdem der vereinigte Kirchen- und Arche-Chor einige Verse gesungen hatte, der Leichenzug aufgestellt. Voran marschierten mit der Sturmbannfahne etwa 60 SA-Männer, sodann folgte die Trauermusik und der Singchor, ein Kranzwagen und der Sargwagen. Eine herrliche Blumen- und Kranzfülle war zu sehen, wie sie Möttlingen noch nie erlebte. Ein Leichenzug setzte sich in Bewegung, der nicht abzusehen war — alle wollten Vater Stanger noch das letzte Geleite geben. Der ganze Ort war still und ruhig wie am Sonntag, und niemand sah man arbeiten.

Auf dem Friedhof angekommen, intonierte die Trauermusik die Weisen von „Laßt mich gehen!", hierauf sang wieder der Chor; auch ein Männerchor von auswärts verschönte die Trauerstunde. Der Ortsgeistliche, Pfarrer Böhringer, legte seiner Betrachtung die Bibelworte aus dem 16. Psalm zu Grunde: „Das Los ist mir gefallen aufs Liebliche! Mir ist ein schön Erbteil geworden!" und: „Du wirst nicht zugeben, daß dein Heiliger verwese." Eindrucksvoll und klar schilderte der Ortsgeistliche die große Liebe, die große Demut und die großen Gaben, die Vater Stanger anvertraut waren. In herzlicher Dankbarkeit und in treuem Gedenken an den Verstorbenen geben wir Gott die Ehre, der unserer Gemeinde immer wieder solch große Männer erweckt. Stadtpfarrer Schilling von Bad Liebenzell, ein Freund der Rettungsarche, sprach unter Zugrundelegung des Schriftwortes: „Dieser war auch mit Jesu von Nazareth!" (Matth. 26, V. 71) eindringliche Worte zur Trauerversammlung, besonders betonend, wie Vater Stanger in weiser Voraussehung schon lange für den Führer unseres neuen Deutschlands einstand und für diesen betete! Auch der Prälat unseres Sprengels war anwesend und überbrachte in schönen Dankes- und Gedächtnisworten die letzten Grüße des Landesbischofs an Vater Stanger, besonders das schöne Einvernehmen zwischen Rettungsarche und Landeskirche im Sinne und Geiste unseres großen Meisters Jesus Christus betonend. Auch vom Liebenzeller Missionshaus war ein Vertreter erschienen, welcher ernste Worte der Ermahnung an die Versammelten richtete.

Bei den nun folgenden Kranzniederlegungen und Nachrufen, die als erster Bruder Wilhelm Schmidt im Namen der Hausangestellten eröffnete, kam so recht die große Liebe des Verstorbenen allen seinen Mitmenschen gegenüber zum Ausdruck, nannte er doch alle Angestellten nur „meine Kinder"! Und er war ihnen auch ein Vater, wie sie keinen mehr bekommen werden, sowohl in geistlicher als auch in materieller Hinsicht. Pfarrer Schlatter von Zürich überbrachte die letzten Grüße der Möttlinger Freunde vom Ausland: von der Schweiz, von Holland, Frankreich usw. Als Vertreter der Kreisleitung der NSDAP überbrachte Ortsgruppenleiter Widmaier in herzlichen Dankes- und Abschiedsworten letzte Grüße. Auch die Hitlerjugend brachte mit dankbaren Worten einen letzten Gruß; auch sie hat in Vater Stanger viel verloren, war er doch gerade der Jugend der beste Freund und Helfer. Noch viele Freunde von nah und fern überbrachten letzte Grüße und Kranzspenden, deren Aufzählung hier nicht möglich ist.

Alles in allem genommen ist zu sagen: So viel Liebe, so viel Dankbarkeit, so viel Ehrung kann nur ein gottbegnadeter Mensch ernten, der selbst demütig und klein bleibt, und selbst — wie es in einem der Nachrufe so schön zum Ausdruck kam — sein Christentum den andern vorlebt in uneigennütziger Weise und in der Liebe gegen seinen Nächsten, sogar in der Liebe gegen seine Widersacher und Feinde. Möttlingen hat mit Vater Stanger viel verloren, das werden wir erst späterhin merken; denn wieviel man an einem Menschen gehabt hat, kann man erst schätzen, wenn man ihn verliert! Doch wollen wir hoffen, daß der Wunsch von Pfarrer Schlatter in Erfüllung gehen möge, nämlich, daß nun die „Möttlinger Freunde" von nah und fern nun erst recht zusammenhalten und das Werk weiterführen wollen im Sinn und Geiste ihres verstorbenen geistlichen „Vaters Stanger."

Anschließend an die Feier auf dem Friedhof fand noch eine Nachfeier im Saal in der Rettungsarche statt, bei welcher noch weitere Ueberbringer von Abschiedsgrüßen zu Worte kamen. Und nun türmt sich auf dem Friedhof in Möttlingen, auf dem von der Gemeinde gestifteten Ehrengrab ein Blumenhügel, dessen Spitze eine Pflanzenkrone bildet. An der mittleren Wegkreuzung — im Viertel der Kinder, deren Freund er ja stets war — hat Vater Stanger seine letzte Ruhe gefunden. Sein Andenken wird im Segen bleiben auf Generationen hin, und mancher Möttlinger Freund, dem es vielleicht nicht vergönnt war, an der Beerdigung teilzunehmen, wird im Geiste mit ihm verbunden bleiben, wenn er ihn auch auf dieser Welt nicht mehr sehen kann! G.

Werdet Rundfunkhörer!

Ein Aufruf der Reichsrundfunkkammer

Berlin, 19. März.

Der Präsident der Reichsrundfunkkammer hat einen Aufruf erlassen, in dem er das deutsche Volk auffordert, dem Rundfunk Eingang in jedes Haus zu verschaffen. In jeder Fabrik, in jedem Büro soll ein Rundfunkgerät stehen, damit es möglich wird, daß der Ruf des Führers durch den Rundfunk jeden Volksgenossen zu jeder Stunde unmittelbar erreichen kann. Der Aufruf schließt mit den Worten: „Alles, was für den Rundfunk geschieht, geschieht nicht für den Vorteil des Einzelnen, sondern geschieht für unser Volk und Vaterland."

Unterstützungen für Kriegerwaisen

Der Reichsarbeitsminister hatte im Oktober v. J. die Versorgungsämter ermächtigt, begabten und fleißigen Kriegerwaisen, die nach Vollendung des 21. Lebensjahres und dem Wegfall der Waisenrente im Wintersemester 1933/34 noch eine Hoch- oder Fachschule besuchen, eine einmalige Unterstützung bis zur Höhe von 100 RM. zu gewähren. Es wird nochmals darauf hingewiesen, daß er kürzlich weitere Mittel für diesen Zweck zur Verfügung gestellt und die Versorgungsämter angewiesen hat, allen Waisen, die seinerzeit eine Unterstützung erhalten haben, eine weitere Unterstützung von 50 RM. zu zahlen.

Von der Reichsbahn

Die deutsche Reichsbahn beförderte 68 000 Wagen Waren fürs Winterhilfswerk

Nach einer Mitteilung der Reichsbahn hat die deutsche Reichsbahn für das Winterhilfswerk 1933/34 kostenlos 56 Millionen Zentner Lebensmittel, Kohlen, Holz, Bekleidung in 68 000 Wagen befördert und der Volksgemeinschaft 16 Millionen RM durch den entstandenen Frachtkostenausfall gespendet.

Für das Arbeitsbeschaffungsprogramm der Regierung beförderte die Deutsche Reichsbahn in einem Jahre 200 Millionen Zentner Baumaterialien und spendete durch 20 v. H. Frachtkostenermäßigung der Volksgemeinschaft 7,5 Millionen RM.

Der neue Titel „Reichsbahninspektor"

Künftig heißen alle bisherigen Reichsbahnobersekretäre, Oberbahnhofs-, Obergüter-, Obermaterialvorsteher und -Inspektoren einheitlich „Reichsbahninspektor". Die gehobenen mittleren technischen Beamten wie die bisherigen technischen Reichsbahnobersekretäre und die ihnen gleichstehenden Oberbahnmeister usw. heißen künftig „technischer Reichsbahninspektor".

Der Sozialbeamte – Treuhänder des Volkes

Die hohe Bedeutung der Sozialbeamten als Mittler zwischen der Sozialgesetzgebung des Staates und den Volksgenossen schildert der Geschäftsführer Bernhard Rudolph in den Veröffentlichungen der Pressestelle für Beamte der NSDAP. Er ermahnt die Sozialbeamten, die in den Krankenkassen, Sozialversicherungen usw. tätig sind, sich so stark selbst zu erziehen, daß die Volksgenossen, die zu ihnen kommen, das Vorurteil verlieren, das sie leider häufig noch grundsätzlich gegen das Beamtentum mitbrächten. Planmäßig betriebene Willensschulung für den Sozialbeamten sei notwendig, wenn ihm „Dienst am Volke" mehr bedeuten solle, als ein Schlagwort. Charakterbildung tue bitter not. Der Intellektualismus nütze hier nichts. Der Kastengeist wirke hier lähmend und trennend. Der Sozialbeamte müsse Mittler sozialen Verstehens und Treuhänder der Volksgemeinschaft sein.

Bezauberndes Lächeln Es gibt Frauen, die durch ihr bloßes Lächeln bezaubern können. Und wenn man sie nach dem Geheimnis ihres Erfolges fragen würde, so könnten sie es wahrscheinlich selber nicht erklären. Wir aber wissen es: der Zauber ihrer Schönheit liegt vor allem in ihren schönen weißen Zähnen. Wenn man sie aber fragen würde, womit sie ihre Zähne pflegen, werden sie wahrscheinlich antworten: mit Chlorodont! Denn Chlorodont und schöne weiße Zähne sind für Millionen ein Begriff!

Schwarzes Brett

NSBO

Der Schulungsabend fällt heute aus.

Die Mitglieder-Sperre in die Deutsche Arbeitsfront ist noch nicht aufgehoben.

Es können nur NSBO-Mitglieder, die noch nicht Einzelmitglieder der Deutschen Arbeitsfront oder der ihr angeschlossenen Verbände sind, aufgenommen werden.

Kreisbetriebszellen-Obmann

NS-Frauenschaft, Ortsgruppe Calw

Die NS-Frauenschaft wird auf den Werbe-Vortrag mit Lichtbildern, Dienstag, 20. März, 8 Uhr, im Waldhornsaale aufmerksam gemacht. Die Führerin.

Kalender sind keine unerlaubte Zugabe

Aufgetauchte Zweifel geben dem Werberat der deutschen Wirtschaft Veranlassung, darauf hinzuweisen, daß die üblichen Geschenke, die man einem Kunden zu Weihnachten oder zum neuen Jahr macht, z. B. Buch- und Abreißkalender, keine Zugabe sind. Wird die Ware dagegen als unmittelbare Folge eines Vertrags-Abschlusses zugegeben, so sind die Bestimmungen der Zugabeverordnung zu beachten. Danach ist eine Zugabe nur dann erlaubt, wenn Reklamegegenstände von geringem Wert, die als solche durch eine dauerhafte und deutlich sichtbare Bezeichnung der Reklame treibenden Firma gekennzeichnet sind, oder lediglich geringwertige Kleinigkeiten gewährt werden Als geringwertige Kleinigkeiten sind insbesondere solche Zugaben anzusehen, die keinen Verkaufswert besitzen, z. B. Bilder oder kleine Stickereien in Zigarettenpackungen. Kalender, die durch den auf ihnen befindlichen Reklameaufdruck als Verkaufsgut entwertet werden, sind in der Regel als Reklamegegenstände geringen Wertes anzusehen. Als solche kommen ferner Notizbücher, Luftballons, Fähnchen, Buchzündhölzer und einfache Kundenzeitschriften in Betracht, sofern sie Reklameaufschrift tragen.

Der Werberat betont, daß grundsätzlich keine Veranlassung bestehe, daß Werbungtreibende sich bei der Verteilung derartiger Reklamegegenstände in Zukunft besondere Beschränkung auferlegen. Beschlüsse von Vereinen und Verbänden, daß von derartigen Werbemitteln kein Gebrauch mehr gemacht werden dürfe, seien aus arbeitsmarktpolitischen Gründen als unerwünscht anzusehen.

Das Schiller-Nationalmuseum wird erweitert

Marbach a. N., 18. März. Am 10. November dieses Jahres wird das neue Deutschland den 175. Geburtstag Schillers festlich begehen. Das Land Württemberg, das den Ruhm genießt, die Heimat Friedrich Schillers zu sein, wird es als seine Ehrenpflicht erachten, diesen Gedenktag als Höhepunkt der Veranstaltungen, die das Schillerjahr 1934 überall mit sich bringen wird, in ganz besonderer Weise zu feiern. Seit Jahren strebt der Schwäbische Schillerverein eine bauliche Erweiterung des von ihm geschaffenen Schiller-Nationalmuseums in Marbach an, die durch das ständige Wachstum seiner Sammlungen immer dringlicher geworden ist. Es wird weithin freudig begrüßt, daß unter dankenswerter Beihilfe seitens des Landes Württemberg und des Reiches das Gedenkjahr 1934 die Erfüllung dieses Wunsches bringen wird. Ohne Aenderung der allgemein vertraut gewordenen äußeren Erscheinung des Museums werden durch Verlängerung des Gebäudes nach beiden Seiten die notwendigen Räumlichkeiten geschaffen werden. Der Anbau wird so gefördert werden, daß die Weihe des erweiterten deutschen Nationalmuseums für Schiller am 10. November vorgenommen werden kann.

5 Prozent Dividende bei der Württembergischen Notenbank

Stuttgart, 18. März. Der Aufsichtsrat der Württ. Notenbank hat in seiner Sitzung vom 15. März beschlossen, der auf 12. April anberaumten Generalversammlung die Verteilung einer Dividende von 5 Proz. (wie im Vorjahre) vorzuschlagen.

Rudolf Heß erhält den Pokal der Gemeinde Partenkirchen

München, 18. März. Dem Stellvertreter des Führers, Rudolf Heß, Sieger im Zugspitzflug, wurde am Donnerstag, wie der „Völkische Beobachter" meldet, der Pokal der Gemeinde Partenkirchen überreicht, der jeweils auf ein Jahr dem Sieger im Zugspitzflug übergeben wird und der nach 3 aufeinanderfolgenden Siegen endgültig gewonnen ist. Der Stellvertreter des Führers hatte alle mittelbar oder unmittelbar am Zugspitzflug Beteiligten, Werkmeister, Monteure, Konstrukteure, Organisatoren und Flugkameraden des Wettbewerbs, in sein Heim gebeten, um mit ihnen Erlebnisse auszutauschen. Ueber 20 deutsche Flieger der Kriegs- und Nachkriegszeit trafen bei ihm ein und gedachten des Führers und seines Luftfahrtministers.

LANDKREIS CALW Kreisarchiv Calw

Aus Stadt und Land

Dienstnachricht

Reichsbahnrat Eißler von der Reichsbahndirektion Stuttgart ist als Vorstand des Reichsbahn-Betriebsamts nach Calw versetzt worden.

Die Schulen am 21. März

Der Herr Kultminister hat angeordnet, daß die Schulen am 21. März die Schüler und Schülerinnen auf die Bedeutung des Großkampftages der Arbeitsschlacht hinweisen und gemeinsam die Rundfunkübertragung der Feierstunde hören.

Rund 100 Erbhöfe im Bezirk Calw

Von zuständiger Stelle erfahren wir: Nach Durchsicht der von den Gemeindebehörden dem Oberamt vorgelegten Erbhofverzeichnisse kann festgestellt werden, daß sich im Bezirk Calw rund 100 Erbhöfe befinden. Die meisten Erbhöfe besitzen die Gemeinden Aichhalden, Altburg, Schmieh und Würzbach, während die Gemeinden Hirsau, Holzbronn, Bad Liebenzell, Neuhengstett, Bad Teinach und Unterreichenbach überhaupt keine Erbhöfe haben!

Der Kreisleiter des Deutschen Landarbeiterverbandes in Oberkollbach

Am Freitagabend sprach der Kreisleiter des Deutschen Landarbeiterverbandes, Matter-Nagold, vor den Holzhauern im alten Schulsaal in Oberkollbach. In seiner packenden, frischen Art legte er dar, was der nationalsozialistische Staat auch vom Waldarbeiter fordert. Vor allen Dingen hat er seine ganze Persönlichkeit in den Dienst des Volkes zu stellen. Nur der, der von nationalsozialistischem Geist durchdrungen ist, kann den höheren Wert der Arbeit empfinden. Ganz besonders wichtig ist das gute Verhältnis zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer. Dafür haben beide Teile zu sorgen. Hier wird die Kreisleitung stets offenes Ohr haben, wenn Beschwerden auf der Grundlage der Wahrheit aufgebaut sind. Denn der echte deutsche Mensch tut vor allen Dingen seine Pflicht, und erst dann hat er ein Recht, Klage zu führen. In trefflichen Beispielen erläuterte der Redner diese Ausführungen. Nachdem er noch aufklärend über die Ziele des auf neuer Grundlage aufgebauten Verbandes mit allen Rechten und Pflichten seiner Mitglieder sprach und noch einige geschäftliche Fragen erledigte, schloß er seinen gewandten Vortrag mit einem Treuegelöbnis und einem begeistert aufgenommenen „Sieg-Heil" auf unseren Führer. Aus der Mitte der Versammlung wurden noch verschiedene Fragen gestellt, nach deren Beantwortung die Volksgenossen mit dem Wunsche an den Redner, noch öfters zu kommen, auseinandergingen. Jeder hatte das Gefühl; hier sind wir in guten Händen.

*

Bad Wildbad, 19. März. Der Zusammenschluß der Vereine scheint auch hier erfreuliche Tatsache zu werden. Letzte Woche befaßten sich die Vorstände der in Frage kommenden Vereine bei einer Aussprache im Rathaussaale mit der Möglichkeit der Zusammenfassung zu einem Kultur- und Sportverband. Die aussichtsreichen Besprechungen werden am kommenden Mittwoch fortgesetzt.

Nagold, 18. März. Der Herr Reichsstatthalter hat im Namen des Reiches dem Pfarrer Rehm in Simmersfeld, zur Zeit Amtsverweser an der Fangelsbach-Realschule in Stuttgart, eine Studienratstelle für evangelischen Religionsunterricht an den höheren Schulen in Stuttgart übertragen.

Herrenberg, 18. März. Der am 21. März beginnenden Offensive gegen die Arbeitslosigkeit wird sich die Stadt im Rahmen der verfügbaren Mittel auch anschließen. Zunächst ist im Straßennetz eine große Anzahl von Arbeiten vorgesehen, die insgesamt zu 12 480 *RM* errechnet worden sind. Dann aber hat der Herrenberger Schwesternverband im Sinne, in der Hildrizhauser Straße ein Altersheim zu erstellen im Rahmen der ganzen Anlage des Mutterhauses. Die Kosten belaufen sich auf 115 894 *RM*. Dadurch wird das gewerbliche Leben der Stadt stark belebt werden.

Rottenburg, 18. März. Die Rottenburger wurden am Samstagmorgen auf merkwürdige Weise geweckt. In der Frühe, gegen 3.15 Uhr, war in verschiedenen Teilen ein kurzer, aber kräftiger Erdstoß zu verspüren. Die Stärke des Bebens war unterschiedlich, teilweise aber so, daß die Häuser merklich zitterten und Mörtel absprang. Der Herd der Erschütterung konnte bis jetzt noch nicht genau festgestellt werden.

Rottweil, 18. März. Bürgermeister Abrell gibt bekannt, daß manche Wirte sich nicht scheuen, einem betrunkenen Gast noch alkoholische Getränke zu verabreichen. Eine derartige Handlungsweise ist als volksschädigend anzusehen und durch das Gaststättengesetz unter Strafe gestellt, ganz abgesehen davon, daß sie nicht dem Ansehen des deutschen Wirtestandes entspricht. Das Bürgermeisteramt wird deshalb mit aller Schärfe gegen jeden einzelnen Wirt vorgehen, der sich gegen die Bestimmungen des Reichsgaststättengesetzes vergeht.

Reutlingen, 18. März Donnerstag hätte sich in der Nähe von Kleinengstingen sehr leicht ein Eisenbahnunfall ereignen können, der drei Menschenleben gefordert hätte. Ein Kind war in einem unbewachten Augenblick wenige Sekunden vor Einfahrt des fahrplanmäßigen Zuges auf die Schienen gesprungen. Die Mutter des Kindes und eine dritte Person wollten das Kind retten, während die Lokomotive nur noch ein paar Meter von ihm entfernt war. Alle drei wären sicherlich überfahren und getötet worden, wenn nicht der Lokomotivführer Rauscher aus Reutlingen die Geistesgegenwart besessen hätte, den Zug auf einen Meter zum Stehen zu bringen.

Gmünd, 18. März. Am Donnerstag fand man im Köld bei Weiler Ueberreste eines Menschen, Knochenteile neben männlichen Bekleidungsstücken. Es tauchte die Vermutung auf, daß es sich hier um die Ueberreste des im Jahre 1927 spurlos verschwundenen Metzgermeisters Bernhard Vogelhund handelt, der damals im Alter von 66 Jahren stand. Die Bekundungen der Angehörigen und die Untersuchung des aufgefundenen Gebisses lassen keinen Zweifel mehr daran, daß die Vermutung zutrifft. Der Vermißte wurde erst im Dezember des vorigen Jahres vom Amtsgericht für tot erklärt.

Marbach a. N., 18. März. Dieser Tage ereignete sich im Sitzungssaal des Amtsgerichts ein erschütternder Todesfall. Der 58 Jahre alte Bäckermeister Friedrich Hamm von Steinheim hatte in einer Rechtssache zu tun. Anscheinend hatte ihn der Gang der Verhandlung sehr erregt, denn plötzlich wurde er von einem Unwohlsein befallen und sank in sich zusammen. Der schnell herbeigerufene Arzt konnte nur noch den Tod durch Herzschlag feststellen.

SCB. **Biberach,** 18. März. Die Werbung der Hitlerjugend um jeden Jungen in den Reihen der katholischen Jugendverbände zeitigt sichtbare Erfolge. So haben sich im Oberamt Biberach die katholischen Jugendvereine selbst aufgelöst. Auch in Riedlingen hat der katholische Jugendverein infolge Uebertritts seiner Mitglieder zur Hitlerjugend zu bestehen aufgehört.

Volksgenossen!
Die NSV. kämpft für Euch,
kämpft auch Ihr für die NSV.!

Vieh- und Fruchtmärkte

Schweinemärkte: Besigheim: Milchschweine 15—20 RM. — Bopfingen: Milchschweine 14—18,50 RM. — Giengen a. Brenz: Milchsweine 14—20 RM., Läufer 27—40 RM. — Güglingen: Milchschweine 14—17.50, Läufer 21.50—37.50 RM. Hall: Milchschweine 16—22 RM. — Herrenberg: Milchschweine 17.50—24, Läufer 30—37.50 RM. — Marbach: Milchschweine 17—22 RM. Mönsheim: Milchschweine 13—23; Oehringen: Milchschweine 16—23; Ulm: Milchschweine 17 bis 22 RM. — Vaihingen / Enz: Milchschweine 14—20 RM. — Balingen: Milchschweine 15—22 RM. je Stück.

Fruchtmärkte: Balingen: Weizen 10 bis 11, Hafer 8.80—10, Gerste 9—11 RM. — Heidenheim: Kernen 10.20, Weizen 9.75, Gerste 8.30, Haber 7.60—8.30, Roggen 8.30. Nagold: Weizen 9.60, Gerste 9.50 9.80, Haber 7.50 RM. Ravensburg: Weizen 9.40—9.75, Vesen 6.80—6.90, Roggen 8.25 b. 8.50, Gerste 8.20—8.75, Hafer 7.50—8 RM. Wangen: Haber 7.40—8, Gerste 8.70 bis 9.30, Roggen 8.70- 9.30, Weizen 10.50 bis 11.50, Saatfrucht: Haber 8.50—9.50, Gerste 9—10, Roggen 9—10 RM. — Urach: Dinkel 7—7.20, Gerste 7.80—8.80, Hafer 7.50 bis 8.35, Weizen 10—10.10 RM. pro Ztr.

Jungens! Wollt ihr etwa Bierphilister werden?
Niemals! Deshalb kommt in die
HITLER-JUGEND!
Anmeldungen beim Standortführer.

Provinzbörsen erhalten ein Sondergesetz

Stuttgart, 18. März. Wie uns mitgeteilt wird, soll nach dem gesetzlichen Eingriff in das Börsenwesen auch eine umfassende Neugestaltung der Provinzbörsen eingeleitet werden. Diese können allerdings nicht ohne Eingriffe in den Bestand der Börse durchgeführt werden, wenn man eine Zersplitterung des Wertpapiermarktes vermeiden will. Es ist jedoch vorgesehen, die Lösung dieses Problems nicht durch überstürzte Maßnahmen beschleunigen zu wollen.

Amtliche Bekanntmachungen.

Stadtgemeinde Calw

Ablagerung von Bauschutt auf Straßen.

Die Einwohnerschaft, insbesondere die Bauhandwerker, werden auf die ortspolizeiliche Vorschrift vom 17. März 1932 hingewiesen, wonach zur Benützung (Belegung) von Straßenplatz polizeiliche Erlaubnis notwendig ist.

Unerlaubtes Belegen ist strafbar und macht die Gesetzesübertreter außerdem schadenshaftpflichtig. **Auf die Pflicht zur nächtlichen Beleuchtung aller Ablagerungen auf Straßen wird ausdrücklich hingewiesen.**

Calw, den 17. März 1934.

Bürgermeisteramt: Göhner.

Gestern abend verschied nach schwerer Krankheit
Sturmführer
Pg. Emil Dittus
Stammheim.

Die Beerdigung findet am Mittwoch nachmittag um 1/2 2 Uhr statt.

Ortsgruppe Stammheim
der NSDAP.

Ottenbronn, 18. März 1934.

Todes-Anzeige

Verwandten, Freunden und Bekannten die schmerzliche Nachricht, daß mein guter treubesorgter Mann, unser lieber Vater, Schwiegervater, Großvater und Bruder

Georg Rathfelder
Gemeindepfleger a. D.

im Alter von 74 Jahren von seinem schweren Leiden erlöst wurde.

In tiefem Leid:
Die trauernden Hinterbliebenen

Beerdigung Mittwoch nachmittag 2 Uhr

Monakam, den 19. März 1934.

Todes-Anzeige

Unser lieber guter Vater und Großvater

Friedrich Wohlgemuth
Gemeindepfleger a. D.
und Ortsagent des G.E.T.

ist gestern im Bezirkskrankenhaus Calw im Alter von nahezu 71 Jahren von seinem langen schweren Leiden erlöst worden.

Die trauernden Hinterbliebenen.

Die Beerdigung findet Dienstag 2 Uhr statt.

Alzenberg, den 19. März 1934.

Danksagung

Für die herzliche Teilnahme, die wir beim Heimgang unserer lieben Entschlafenen

Regine Stoll
geb. Müßle

erfahren durften, danken wir herzlich. Besonders danken wir Herrn Pfarrer Dierlamm, Schwester Johanna und den Herren Ehrenträgern sowie all denen, die ihr während ihres Krankenlagers Gutes erwiesen haben.

Die trauernden Hinterbliebenen.

Lichtspiele Badischer Hof, Calw
Heute Montag abend 8.20 Uhr
Hitlerjunge Quex
Für **Erwachsene** und Jugend ein wunderbares packendes, tiefgehendes Erlebnis.
Jeder Deutsche muß ihn gesehen haben.

Zwangsversteigerung.

Es werden öffentlich meistbietend gegen bar versteigert **Dienstag, 20. 3., 9 Uhr in Möttlingen:** 1 Weihnachtskrippe mit Zubehör (Figuren); ferner um **12 Uhr in Neuweiler:** 1 Nähmaschine, Viktoria. Zusammenkunft je beim Rathaus.

Gerichtsvollzieherstelle.

Würzbach

Die Aussagen über Adolf Scheerer in Würzbach nehme ich als unwahr zurück

J. Lörcher.

Für Ostern
empfehle:
Holländer
Bubiräder
Trittroller
Schiebkarren
Turngeräte
Kindergartengeräte
Puppenwagen
Leiterwagen
Große Auswahl in
Gummibällen
sowie in allen übrigen
Sommerspielwaren
Karl Stüber
Biergasse

Maikäfer

Die Schwarzwaldwacht berichtete kürzlich, es gäbe heuer ein Maikäferjahr. Eine Masse Maikäfer haben sich jetzt schon in meinem Schaufenster an der Nagold versammelt und laufen wie auf Rädchen.

Bälle

neuester Ernte, die große Menge, sind eingetroffen, von noch nie dagewesener Farbenpracht und ganz außerordentlich billig! Der Kunde staunt und der Fachmann wundert sich! Bitte besichtigen Sie meine Schaufenster!

Reichert an der Brück'

Welch ev. gef. tüchtiges
Fräulein
mit Vermögen wünscht mit 34 Jahre alt. Landwirt mit mittl. Landwirtschaft (neues Heim) zwecks
Heirat
bekannt zu werden.
Angebote unter **N. L. 65** an die Geschäftsstelle dieses Blattes.

Gardinen-Stores in größter Auswahl sowie
Wäsche-, Aussteuer-
Artikel zu billigsten Preisen
Ernst Dewerth **Pforzheim,** im Rathaus

Brennessel- und Birkenhaarwasser
für Haare und Haarboden.
Flasche Mk. 1.35
bei **K. Otto Vinçon, Calw**

Rotkleesamen
1 Pfund 85 Pfennig empfiehlt solange Vorrat
Fr. Volz
Oberreichenbach

Gesucht
wird per sofort
kleineres Haus oder 4-5-Zimmer-Wohnung
im Schwarzwald zu kleinem Kurbetrieb.
Angebote unter **N. N. 65** an die Geschäftsstelle ds. Bl.

Großes in das Arbeitsbeschaffungsprogramm eingeschaltetes Unternehmen **sucht Vertrauensperson** für neuartige vorteilhafte Geldanlage und Ausgabe zinsbilliger, unkündbarer Hypotheken. Bei entsprechendem Erfolg Garantieeinkommen. Angeb. unt. **S.T.1098** an **Ala Anzeigen A.-G., Stuttgart**

Berücksichtigen Sie bei Ihren Einkäufen die Inserenten unseres Blattes